

MEDIENMITTEILUNG

Sparvorschläge

Die Geschäftsprüfungskommission verpasst dem Staatsrat Handschellen und ohrfeigt die öffentlichen Dienste



Sitten – 26.08.2005 • Unverständnis, Enttäuschung, Abscheu. Die öffentlichen Dienste im Wallis empfinden den Dekretsentwurf der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates als Dolchstoss in den Rücken. Sollte er so durchkommen, würde er den sozialen Frieden gefährden und die Staatsangestellten auf das allerunterste Niveau von Arbeitskräften stellen.

Einfrieren der Löhne, lineare Kürzungen... Die Geschäftsprüfungskommission hat ihr Kriegsbeil ausgegraben, um das Staatsbudget zurechtzustutzen. Die Zielscheibe: das Lehrpersonal und die Beamten. Sollte dieser Entwurf durchkommen, könnten die betroffenen Personen, abgesehen vom Ausgleich der Teuerung, die Idee von jeglicher Gehaltserhöhung vergessen. Die leistungsgebundenen Lohnerhöhungen würden aufgehoben, wobei es sich hier doch um vom Grossen Rat selbst gewollte Anreize zu mehr Leistung handelt. Jegliche Lohnentwicklung im Zusammenhang mit dem Verlauf der Karriere wäre während mindestens vier Jahren blockiert. Und wenn dies nicht genügen sollte, um das finanzielle Gleichgewicht zu garantieren? Die Geschäftsprüfungskommission geht mit der Motorsäge ans Werk: Sie schlägt in sämtlichen Dienststellen des Staates lineare Kürzungen vor, obwohl diese schweizweit bereits die tiefsten durchschnittlichen Kosten pro Einwohner aufweisen.

Die Regierung und der ZMLB waren angesichts dieses Vorschlags konsterniert. In der Privatwirtschaft würde es niemand, selbst die liberalsten Personen nicht, wagen, einen solchen Vorschlag zu lancieren. Der Dachverband der öffentlichen Dienste im Wallis fragt sich, wie man dazu kam, solche Ungeheuerlichkeiten in einem einzigen Dekret zu vereinen. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen wären katastrophal: offene Konflikte und sterile Oppositionen träten an die Stelle des gegenwärtigen Dialogs. Der Beruf als Staatsangestellter wäre damit vollständig erledigt: «Wer hätte noch Lust, unter solchen Bedingungen zu arbeiten?», fragt der Generalsekretär des ZMLB, Michel Perruchoud. Die Regierung ihrerseits wäre darauf reduziert, die Rolle eines Hampelmannes und einer Geisel zu spielen. Zusammen mit der doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse liesse diese Massnahme ihr keinen Handlungsspielraum mehr übrig. Der Arbeitgeber würde gewissermassen in Handschellen vor seinen Angestellten stehen.

Auf der ganzen Linie falsch

Die Geschäftsprüfungskommission vergreift sich in der Wahl ihrer Waffen. Die Löhne einfrieren? In der Schweiz stiegen die Gehälter der öffentlichen Dienste in zehn Jahren lediglich um 1.1%, das heisst viermal weniger als die realen Lohnerhöhungen in der gesamten schweizerischen Wirtschaft. Was das Wallis betrifft, haben die Staatsangestellten innerhalb von fünfzehn Jahren sogar etwa 4.5% ihrer Kaufkraft verloren. Und dies alles zu einer Zeit, da die Staatsrechnung Jahr für Jahr schwarze Zahlen ausweist und dies besonders deshalb, weil die öffentlichen Dienste zu Opfern bereit waren (mehr als 600 Millionen). Und nun soll die Stunde gekommen sein, wo man ihnen ankündigt, dass sie geschoren werden sollen? Dies wäre der Tropfen, der das Fass vollends zu Überlaufen bringen würde.

Die Geschäftsprüfungskommission vergreift sich in der Zielscheibe. Die öffentlichen Dienste im Wallis gehören zu den billigsten und effizientesten der Schweiz. Mit diesem Dekret würde man aus einem Gewinnerteam ein Verliererteam machen. Zudem verstrickt sich der Text in Widersprüche. Mit einem einzigen Streich macht er das ganze Lohnkonzept des Kantons, welches das Parlament selber erarbeitet hat, zunichte.

Die Geschäftsprüfungskommission irrt auf der ganzen Linie. Der Staatsrat hat sich geschlossen gegen den Dekretsentwurf gewehrt. Der ZMLB hofft, dass die Abgeordneten die Absurdität dieses Vorschlags einsehen werden. Die Debatte im Grossen Rat ist für die Septembersession vorgesehen.

Zusätzliche Informationen: Marcel Schwestermann, Vizepräsident des ZMLB auf 078 773 28 96